

Antrag

der Abgeordneten **Tauchner, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Hafenecker**
und **Sulzberger**

betreffend: **Familienbeihilfe und Mehrkindzuschlag müssen in der bisherigen
Form erhalten bleiben!**

Sowohl das Ersetzen der 13. Familienbeihilfe durch eine auf 100 Euro reduzierte Ausschüttung an schulpflichtige Kinder als auch die Kürzung der Bezugsdauer der Familienbeihilfe vom 26. auf das vollendete 24. Lebensjahr werden sich massiv auf die Lebens- und Bildungsqualität auswirken – und zwar negativ und auch in Niederösterreich.

Das schreckliche Familienbelastungspaket wird dafür sorgen, dass es der kleinsten Einheit im Gefüge des Staates, der Familie, erschwert wird, dafür Sorge zu tragen, ihre Kinder als zukünftige Stützen des Staates heranwachsen zu lassen. Die Familien sind durch das unzumutbare Sparpaket besonders gefährdet.

Viele junge Menschen werden sich in Zukunft ein Studium nicht mehr leisten können. Darüber hinaus ist es aufgrund mangelnder Strukturen bei Universitäten und Hochschulen bereits heute so, dass ein Studienabschluss bis zum 24. Lebensjahr gar nicht möglich ist.

Hier den Sparstift am Rücken der Familien ansetzen ist sozial unverantwortlich und wird auch die Bildung massiv negativ beeinträchtigen.

Auch der Mehrkindzuschlag muss erhalten bleiben – damit soll auch weiterhin ein Anreiz bestehen bleiben, mehr Kinder in die Welt zu setzen, um die sozialen Strukturen im Staat abzusichern.

Die Pläne der Bundesregierung zielen auch in diesem Punkt ganz beschämend auf die finanzielle Struktur der Familie ab. Geht es nach dem Willen von Rot und Schwarz im Bund, soll der Mehrkindzuschlag – eine zusätzliche Leistung für Familien mit geringem Einkommen und mehr als zwei Kindern – fallen.

Einmal mehr wird damit deutlich, dass die Bundesregierung nicht davor zurückschreckt, die bereits sozial benachteiligten Menschen in Österreich ein weiteres Mal zur Kassa zu bitten. Da wird auch keinerlei Rücksicht darauf genommen, dass dieser Zuschlag ohnedies nur Familien im unteren Einkommenssegment geboten wird.

Es kann doch nicht sein, dass man auf der einen Seite die Bevölkerung dazu auffordert, mehr Kinder in die Welt zu setzen, auf der anderen jedoch als „Belohnung“ diesen bisher geleisteten Beitrag des Staates dazu ersatzlos streicht. Das ist Doppelzüngigkeit; moralisch bedenklich.

Im „geschützten Bereich“ wird munter Geld „draufgelegt“ und bei den Familien gestrichen. Das ist gegenüber der Bevölkerung nicht vertretbar und muss umgehend zurückgenommen werden. Es ist sicher ein völlig falsches Signal, Einsparungen auf dem Rücken der Familien vorzunehmen.

Es ist mehr als bedenklich, dass beim Thema Verwaltungsreform, in der unbestritten das höchste Einsparungspotenzial stecken würde, die Regierungsparteien den Kopf in den Sand stecken – sich auf keine Aussagen über deren Umsetzung und einen Zeitrahmen festlegen wollen, auf der anderen Seite aber wieder einmal soziale Kälte erkennen lassen und brutale Einschnitte am Rücken der ärmeren Bevölkerung bzw. der Familien vornehmen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit das im Budget 2011 vorgesehene Sparpaket bezüglich Familienbeihilfe und Mehrkindzuschlag zurückgenommen wird. Dieser Bereich ist neu zu verhandeln, um die Mehrbelastung von Familien zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozialausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.